



Doppelt gezahlt, dreifach belastet – Irrweg Verpackungssteuer

Berlin diskutiert über die Einführung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen, wie Pizzakartons und ToGo-Becher. Wir, der VBUW Lebensmittel und Gastronomie e.V., lehnen gemeinsam mit unseren Mitglieder aus der Gastronomie weitere Abgaben zu Lasten der Unternehmer ab. Die Verpackungssteuer ist ein Irrweg und wird Berlin im Ergebnis teuer zu stehen kommen. Statt erhoffter Mehrwerte für Umwelt und die Sauberkeit der Stadt, sehen wir Unternehmer, die unter den weiter zunehmenden Kosten und Abgaben zusammenbrechen und aufgeben. Das darf nicht geschehen!

Unsere Position ist klar: Die Branche braucht Entlastung und keine neue Abgabe.

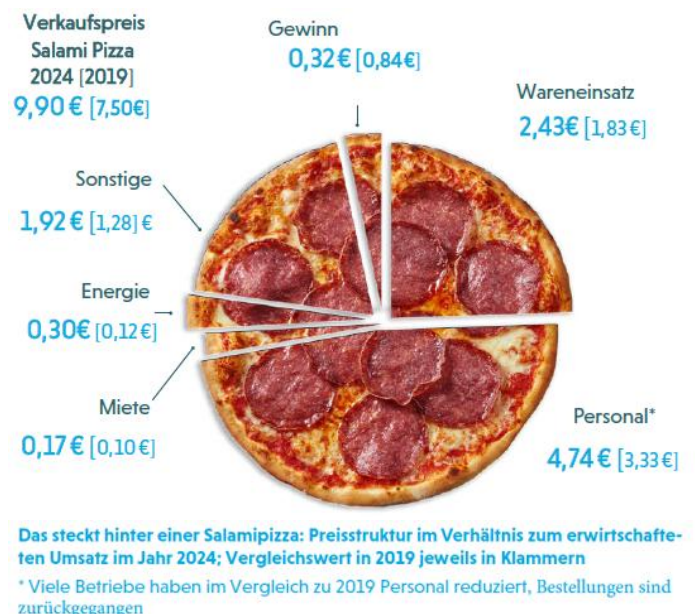
Wirtschaftliche Lage: Viele gastronomische Betriebe stehen am Rand des Abgrunds

Die Gastronomie und Lebensmittelwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer angespannten Lage. Dabei stehen weiter steigende Lohn-, Energie- und Rohstoffkosten einem Rückgang der Gäste- und Bestellzahlen gegenüber. Die geringen Gewinnmargen können das nicht auffangen. Denn von einer Pizza, die für 9,90 € verkauft wird, bleiben dem Gastonomen nur 0,10 € bis 0,30 € Gewinn. Zu wenig für Rücklagen oder Investitionen.

Die Einführung einer Verpackungssteuer wirkt da wie ein Brandbeschleuniger, denn bereits jetzt sind viele Betriebe kaum in der Lage die hohen Kosten zu tragen. Die Steuer muss an die Verbraucher weitergegeben werden. Die Bestell- und Gästezahlen werden so weiter zurückgehen. Insolvenzen und Leerstände werden die Folge sein.

Eine Verpackung – dreimal zahlen

Unsere Unternehmen übernehmen Verantwortung. Denn bereits die Wahl der Rohstoffe und des Anteils an recycelten Materialien führt zu höheren Kosten. Hinzu kommt, dass Sie über die Systembeteiligungspflicht auch für die Sammlung und das Recycling der



Verpackungen bezahlen und das System der Kreislaufwirtschaft mitfinanzieren. Eine Verpackungssteuer wäre dann der dritte Kostenpunkt – das alles für ein und dasselbe Produkt.

Das ist keine Lenkung, das ist Mehrfachbelastung.

Das Müllproblem und die Krux mit der Mehrwegverpackung

Wir hören aus den Bezirken, dass Berlin mit wachsenden Müllbergen kämpft, dabei sind zu kleine und meist auch zu wenige Mülleimer das Problem. Statt dem Müll mit einer Steuer zu begegnen, sollten zunächst andere, praktische Maßnahmen ergriffen werden.

Im Bürgerpark Pankow wurden zum Beispiel größere Müllcontainer aufgestellt. Seitdem gibt es dort kein Müllproblem mehr. Solche Lösungen sind direkt und wirksam. Sie setzen am Ort des Problems an und nicht am Verkaufstresen.



Auch die mit einer Verpackungssteuer verknüpften Hoffnung, die Mehrwegalternativen zu stärken, sind reine Illusion. Denn viele Verbraucher möchten unterwegs flexibel bleiben. Sie wollen im Park sitzen, etwas essen und dann weiterziehen, ohne sich mit einer Verpackung zu belasten oder diese gar noch zurückzubringen. Bequemlichkeit schlägt Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Das zeigt sich aktuell an den geringer werdenden Rückläufern der Glasflaschen. Für 0,08 € gehen immer weniger Menschen zum Supermarkt und geben dort die Flaschen zurück. Diese landen im Müll und selbst die „Flaschensammler“ sammeln lieber die leichten PET-Flaschen,



die ihnen 0,25€/Stück einbringen. Auch hier ist die Hoffnung an der Realität gescheitert.

Lassen Sie uns aus diesen Fehlern lernen, wir müssen sie nicht wiederholen!

Hohe Kosten auch für das Land Berlin

Hinzu kommt, dass die Verpackungssteuer nicht nur Betriebe belastet, sondern auch die Verwaltung. Denn neue Abgaben schaffen auch neue Verwaltungsprozesse. Erfassung, Prüfung und Kontrolle erfordern Personal, das bereits heute an vielen Stellen fehlt.

Ein Blick auf die Mindestlohnkontrollen verdeutlicht die Problematik. Hier sind zahlreiche Stellen weiterhin unbesetzt und die Kontrollen finden nur eingeschränkt statt. **In Berlin muss ein Unternehmer rechnerisch nur alle 42 Jahren mit einer Mindestlohn-Prüfung rechnen.** Wie häufig glauben Sie findet dann eine Überprüfung der Angaben für die Verpackungssteuer statt?

Und nicht zu vergessen: Berlin steht auch für seine kulinarische Vielfalt

Berlin lebt von seinen Cafés, Imbissen und Restaurants, von all den kleinen und mittelgroßen Betrieben in den Kiezen. Jede zusätzliche Abgabe erhöht das Risiko von Schließungen. Das bedeutet dann auch weniger Arbeitsplätze, weniger Auswahl und weniger Lebensqualität.

Das muss unbedingt verhindert werden!



Unser Appell

Umweltschutz braucht tragfähige Konzepte. Doch eine Verpackungssteuer ist kein geeignetes Mittel. Denn sie belastet gastronomische Betriebe in ohnehin schwieriger Lage. Sie führt zu dreifacher Zahlung für dieselbe Verpackung. Sie schafft neue Bürokratie. Sie bindet Personal, das nicht vorhanden ist und der Müll bleibt. Wir brauchen daher andere, pragmatischere Ansätze:

✓ Mehr Infrastruktur

✓ Größere Container

✓ Häufigere Leerung

Sicher im Wettbewerb.